

STAATS- UND VERWALTUNGSRECHT

FRANKREICH

Gesetzgebung über die Beziehungen zum Feind und die Behandlung feindlichen Vermögens¹⁾

Die Rechtsquellen.

Die französische Gesetzgebung über die Beziehungen der Franzosen zum Feind und die Behandlung feindlichen Vermögens war im gegenwärtigen Kriege bereits fertiggestellt, als der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, wengleich diese Maßnahmen erst am folgenden Tage (4. September 1939) im Journal Officiel veröffentlicht wurden. Ein vom 1. September 1939 datiertes Décret-loi (J. O. S. 11087) ermächtigt die Regierung, durch einfaches Dekret die Beziehungen »avec les ennemis et les personnes se trouvant sur un territoire ennemi ou occupé par l'ennemi« zu verbieten bzw. zu beschränken, ferner Maßnahmen bezüglich des Vermögens »des ennemis et des personnes se trouvant sur un territoire ennemi ou occupé par l'ennemi« zu treffen, »nullité, résiliation ou suspension« der von dem Verbot der Beziehungen zum Feind erfaßten Verträge anzuordnen und schließlich die Konfiskation der von einem verbotenen Geschäft betroffenen Gegenstände vorzunehmen; das Décret-loi ermächtigt ferner die Regierung, bestimmte weitere Maßnahmen, insbesondere Einfuhrverbote für Waren feindlichen Ursprungs, zu erlassen, und sieht schließlich bestimmte Strafen für den Verstoß gegen alle derartigen Vorschriften vor. Auf Grund dieses Ermächtigungsdokrets vom 1. September 1939 sind am selben Tage zwei einfache Verordnungen (décrets) ergangen, von denen die erste, im folgenden kurz als 1. Ausführungsverordnung bezeichnet (J. O. S. 11089), zum Gegenstand hat die »déclaration et mise sous séquestre des biens appartenant à des ennemis«, während die andere, im folgenden als 2. Ausführungsverordnung bezeichnet (J. O. S. 11091), die »interdiction

¹⁾ Abgeschlossen nach dem Stande der Gesetzgebung vom 8. Mai 1940. Zeitungs-meldungen zufolge ist das Verbot der Beziehungen zum Feind seit Mitte Juli 1940, die Beschlagnahme des feindlichen Vermögens seit Ende Juli 1940 aufgehoben; die Texte lagen bei Abschluß des Aufsatzes noch nicht vor.

et restriction des rapports avec les ennemis«¹⁾ betrifft. Die Ermächtigungsverordnung ist durch ein Décret-loi vom 24. April 1940 (J. O. S. 3094) inhaltlich erweitert worden; die beiden Ausführungsverordnungen sind ihrerseits durch mehrere Dekrete später ergänzt bzw. abgeändert worden, und verschiedene Arrêtés der Fachminister sind wiederum zur Durchführung der beiden Ausführungsverordnungen ergangen; näheres über diese ergänzenden Verordnungen ergeben die folgenden Ausführungen.

Die Ermächtigungsverordnung und die beiden Ausführungsverordnungen lassen eigenartigerweise nicht erkennen, ob sie nur für den gegenwärtigen Krieg Frankreichs mit Deutschland bestimmt sind, oder ob sie automatisch während der Dauer ihrer Geltung für jeden Krieg anwendbar sein wollen, in den Frankreich verwickelt wird. Das Décret-loi ermächtigt die Regierung, Maßnahmen zu treffen »pour la durée de la guerre«; beide Ausführungsverordnungen bestimmen aber nichts über Beginn und Ende ihrer Geltung. Sowohl die Ermächtigungsverordnung als auch die Ausführungsverordnungen sprechen sodann nur allgemein von »ennemi«, ohne einen bestimmten Staat, insbesondere Deutschland, zu nennen; spätere Verordnungen, die sich auf die besetzten Gebiete beziehen, erwähnen Dänemark, Polen und die Tschechoslowakei mit Namen, nicht aber Deutschland. Die Anwendbarkeit aller Verordnungen auf den gegenwärtigen Krieg zwischen Deutschland und Italien einerseits und Frankreich andererseits ist selbstverständlich trotz dieser eben erwähnten Unklarheit nicht zweifelhaft.

Die Verordnungen vom 1. September 1939 wollen im Prinzip den Rechtszustand kodifizieren, der während des Weltkrieges durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen und durch die Rechtsprechung geschaffen worden war; obwohl die Verordnungen gegenüber der Gesetzgebung des Weltkrieges in vielen Punkten Veränderungen gebracht haben, wird man daher jedenfalls bei den gleichgebliebenen Bestimmungen die Interpretation früherer Maßnahmen durch die französischen Gerichte und die französische Literatur berücksichtigen.²⁾

1) Ein Zeichen für die Eile bei der Abfassung bzw. Drucklegung der Verordnungen ist die Tatsache, daß die Überschriften der beiden Ausführungsverordnungen im Journal Officiel verwechselt wurden, was später durch »rectificatif« richtig gestellt wurde. Übrigens hätten die beiden Ausführungsverordnungen sinngemäß in umgekehrter Reihenfolge abgedruckt werden müssen.

2) C. App. Douai 10. 1. 1940, Gaz. Pal. 1940 Nr. 122/123 betont »que le rapport précédant le décret rappelle que le caractère conservatoire de l'institution judiciaire du séquestre de guerre, ses modalités et ses effets ont été déterminés à l'occasion de la guerre 1914—1918 par un ensemble de prescriptions législatives, réglementaires et administratives ainsi que la jurisprudence, qui demeurent applicables à la situation créée par la guerre actuelle«.

Die Motive des Verbots der Beziehungen zum Feind.

Hinter dem Verbot der Beziehungen von Privatpersonen mit feindlichen Personen hat bereits in der Gesetzgebung des Weltkrieges ein doppeltes Motiv gestanden: einerseits der auf spezifische Bedürfnisse des modernen Wirtschaftskrieges zurückgehende Gedanke, die Versorgung des Feindstaates mit Wirtschaftsgütern auf dem Wege über die Privatwirtschaft, insbesondere eine Versorgung des Feindes auf Kosten der eigenen Volkswirtschaft, zu verhindern, andererseits die Erwägung, daß jede persönliche Beziehung zu Angehörigen des Feindstaates die Gefahr einer militärisch und politisch unerwünschten Nachrichtenübermittlung und einer Demoralisierung der Heimat mit sich bringt. Wenn dieser letztere Gesichtspunkt im Vordergrund steht, so ist damit vielfach eine moralische Verurteilung solcher persönlichen Beziehungen zu Angehörigen des Feindstaates verbunden; diese ist aber wiederum nur ein Ausfluß aus der Idee des »totalen« Krieges. Die französische Gesetzgebung des Jahres 1939 läßt nicht ganz deutlich erkennen, ob der französische Gesetzgeber das Verbot der Beziehungen zu feindlichen Personen als logische und moralische Konsequenz aus dem Gedanken des totalen Krieges herleitet. Die Begründung zu dem Ermächtigungsdekret vom 1. September 1938 bezeichnet das Verbot »de tout commerce avec l'ennemi« als »mesure de guerre«, die im Weltkrieg 1914/18 erheblich zum Endsieg Frankreichs beigetragen habe. Wenn die 2. Ausführungsverordnung nicht nur den Handel im engeren Sinne, sondern jede »Beziehung« zum Feind verbietet, so deutet dies allerdings darauf hin, daß man in dem Verbot nicht eine reine Waffe des Wirtschaftskrieges sehen wollte, sondern daß man von dem Gedanken des totalen Krieges ausging. Hiervon wird jedoch auch in der Begründung zur 2. Ausführungsverordnung nichts ausdrückliches gesagt; man habe, so heißt es, den Kreis der verbotenen Handlungen mit Absicht derartig weit gezogen und dann bestimmte einzelne Ausnahmen gemacht, weil dies gesetzestechnisch als das einfachste Verfahren erschien. Zweck dieses so allgemein gefaßten Verbotes sei es, »d'éviter . . . des opérations commerciales par lesquelles l'ennemi pourrait accroître sa force de résistance et, d'autre part, de mettre obstacle à des communications qui pourraient contribuer à renseigner le commandement adverse«.

Die Frage, ob und inwieweit ein solches Verbot völkerrechtlich zulässig sei, wird ebenfalls in den Begründungen zu den drei Verordnungen vom 1. September 1939 gestreift. Die Begründung zu der Ermächtigungsverordnung beginnt mit dem Satz: »Le droit des gens admet que l'état de guerre comporte l'interdiction de tout commerce avec l'ennemi«. Gerade im Zusammenhang mit der Feststellung, daß nicht nur der Handelsverkehr, sondern jeder Verkehr mit dem Feind

verboten werden kann, spricht die Begründung dann allerdings davon, daß die Regierung nur solche Verbote vorsehen werde, welche »strictement compatibles avec le droit des gens« sind, und nach dem Wortlaut der Ermächtigungsverordnung darf die Regierung ihre Maßnahmen nur »en conformité du droit des gens« treffen. Die Ausnahmen von dem Verbot der Beziehungen zum Feind, mit denen Rechtsschutzakte zur Sicherung von Privatrechten zugelassen werden¹⁾, werden in der Begründung zur 2. Ausführungsverordnung ausdrücklich auf Art. 23 a der IV. Haager Konvention gestützt.

Handel »mit dem Feind« und Handel »mit Waren feindlichen Ursprungs bzw. feindlicher Bestimmung«.

Wenn das Verbot der Beziehungen zum Feind vornehmlich ein Kampfmittel des Wirtschaftskrieges darstellt, so ist seine Bedeutung in diesem Kriege freilich neben anderen wehrwirtschaftlichen Maßnahmen zurückgetreten, ja man kann fast sagen, daß das spezielle Verbot des Handels mit dem Feind in der Regel durch andere allgemeinere Verbote überschattet wird. Eine Befreiung von dem Verbot der Beziehungen zu dem Feind, wie sie in der 2. Ausführungsverordnung vorgesehen ist, bringt daher keine Befreiung von diesen allgemeinen Verböten mit sich, wie dies ein Erlaß der Generalzolldirektion vom 27. November 1939²⁾ und Art. 1 Abs. 2 des Arrêté vom 9. Oktober 1939 (J. O. S. 12330) ausdrücklich aussprechen. Im gegenwärtigen Kriege ist in Frankreich die Ausfuhr kriegswichtiger Waren verboten ohne Rücksicht darauf, ob der Käufer der Waren eine feindliche oder eine neutrale Person ist; der Geld-, Kapital- und Wertpapierhandel mit dem Ausland ist ebenfalls aus devisa-politischen Gründen weitgehenden Beschränkungen unterworfen, so daß es auch hier des Verbots des Abschlusses derartiger Geschäfte mit feindlichen Personen meist kaum noch bedürfen wird; desgleichen ist die Einfuhr aus dem Ausland durch allgemeine Einfuhrverbote so gehemmt, daß auch eine Einfuhr von einem feindlichen Verkäufer gar nicht ohne staatliche Kontrolle vor sich gehen könnte. In demselben Umfang, in welchem in diesem Kriege im Gegensatz zum Weltkrieg Frankreich die staatliche Lenkung der Wirtschaft nach wehrpolitischen Gesichtspunkten durchgeführt hat, ist also das Verbot des Handels mit dem Feind gegenüber solchen allgemeinen wehrwirtschaftlichen Maßnahmen (Ausfuhrverbote usw.) zu einer Waffe zweiten Ranges im Wirtschaftskrieg geworden. Das Verbot behält selbstverständlich dort seine Bedeutung, wo jene allgemeinen wehrwirtschaftlichen Maßnahmen nicht eingreifen: Der Verkauf von Gegenständen

¹⁾ Vgl. unten S. 464 f.

²⁾ Deutsches Handelsarchiv 1940, S. 352.

den, die sich im neutralen Ausland befinden, durch einen Franzosen nach Deutschland wird z. B. auch diesmal nur durch die Verordnung über den Verkehr mit dem Feind, nicht aber durch die Gesetzgebung über die Ausfuhr der zur Landesverteidigung notwendigen Gegenstände erfaßt.

Ein sehr instruktives Beispiel für die Tendenz, anstelle des speziellen Verbots des Handels mit dem Feind allgemein die Vornahme bestimmter Geschäfte mit dem Ausland — das heißt also auch die Geschäfte mit neutralen Ausländern — zu verbieten bzw. von einer Genehmigung abhängig zu machen, findet sich gerade in den Verordnungen vom 1. September 1939: Man hatte schon lange die Notwendigkeit erkannt, während eines Krieges die feindliche Ausfuhr nach Möglichkeit zu verhindern, um so die Versorgung des Feindes mit Devisen, für die er wehrwirtschaftlich wichtige Güter im neutralen Ausland ankaufen könnte, zu erschweren. Hierzu reichte aber ein Verbot des Abschlusses von Importgeschäften mit feindlichen Exporteuren nicht aus; auch der Ankauf von Waren feindlichen Ursprungs aus neutraler Hand mußte, selbst wenn dabei von einer indirekten Geschäftsbeziehung zwischen dem französischen Einkäufer und dem feindlichen Hersteller nicht die Rede sein konnte, unterbunden werden. Es hätte nun nahe gelegen, daß durch ein allgemeines Einfuhrverbot der Import von Waren feindlichen Ursprungs verboten worden wäre, ohne daß man diese Maßnahme mit dem Verbot des »Handels mit dem Feind« in Zusammenhang gebracht hätte. Die Ermächtigungsverordnung vom 1. September 1939 trennt daher auch ausdrücklich die Ermächtigung zur Anordnung von »interdictions et restrictions de rapports avec les ennemis« (Art. 1) von der Ermächtigung zur »prohibition d'importation, de transit, d'entreposage et d'admission temporaire des produits naturels ou fabriqués, des valeurs, des fonds, des monnaies et devises d'origine ou de provenance ennemie« (Art. 3). Dementsprechend verbietet die 2. Ausführungsverordnung in Art. 1 die »Beziehungen« zwischen Franzosen und Feinden, während Art. 7 gesondert bestimmt:

»L'importation des produits naturels ou fabriqués, d'origine ou de provenance ennemie, même déclarés comme tels, est interdite pour la consommation, le transit, l'entrepôt et l'admission temporaire«.

In Art. 8 Abs. 2 der 2. Ausführungsverordnung hingegen wird einfach der Begriff des »commerce avec l'ennemi« erweitert auf jede Einfuhr feindlicher Wertpapiere, ganz gleich ob das Einfuhrgeschäft mit einem Feind oder einem Nichtfeind abgeschlossen wird:

»Sera également considérée comme commerce avec l'ennemi toute opération consistant à importer en France, ou à acquérir en pays neutre ou allié, des espèces, valeurs ou titres de créance d'origine ennemie«.

Desgleichen werden nach Art. 8 Abs. 1 als »commerce avec l'ennemi« angesehen nicht nur »toutes opérations effectuées sur des marchandises

consignées à un ennemi ou par un ennemi«, sondern auch »toutes opérations effectuées sur des marchandises à destination ou en provenance du territoire ... de l'ennemi«. Der Begriff des Handels mit dem Feind wird also in diesem Zusammenhang über den eigentlichen Sinn des Wortes hinaus erweitert.

Die Einfuhr von Gegenständen feindlichen Ursprungs und die Ausfuhr an solche nichtfeindlichen Destinatäre, welche die Ware möglicherweise ins feindliche Ausland verbringen, kann jedoch offenbar mit dem bloßen Verbot des Handels mit dem Feind, selbst wenn man diesen Begriff in der eben geschilderten Weise über den eigentlichen Sinn der Worte hinaus erweitert, praktisch nicht vollständig verhindert werden. Die 2. Ausführungsverordnung sieht daher eine Reihe weiterer Maßnahmen vor, mit denen in aller Regel nicht die eigentlichen Handelsgeschäfte mit dem Feind im engeren Sinne, sondern Geschäfte mit Nichtfeinden kontrolliert und eingeschränkt werden. Wenn nach Art. 11 und den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen die Ausfuhr bestimmter Gegenstände nach bestimmten Ländern nur dann zulässig ist, wenn der Exporteur bei der französischen Zollbehörde eine Bürgschaft (acquit-à-caution) unterschreibt »garantissant la destination finale du produit et la remise au destinataire de celui-ci«¹⁾, so wird das dabei zugrundeliegende Exportgeschäft wohl kaum mit einem feindlichen Ausländer abgeschlossen werden, sondern es wird sich in aller Regel nur um solche Geschäfte handeln, bei denen die Gefahr besteht, daß die exportierte Ware von dem neutralen Käufer ins feindliche Ausland verbracht wird, so daß »commerce avec l'ennemi« nur in dem erweiterten Sinne des Art. 8 der 2. Ausführungsverordnung (vgl. oben) vorliegt. Ebenso ist es, wenn der Destinatär der Ware gemäß dem Dekret vom 9. April 1940 (J. O. S. 2627) eine Verpflichtung zur Nichtwiederausfuhr der Ware abgibt. »Commerce avec l'ennemi« in dem erweiterten Sinne des Art. 8 der 2. Ausführungsverordnung soll auch getroffen werden, wenn die Ausführungsbestimmungen zu Art. 13 der 2. Ausführungsverordnung die Ausfuhr von der Vorlage eines »certificat de nationalité« — das heißt einer Bescheinigung des französischen Konsuls über die Staatsangehörigkeit des »destinataire réel« der aus Frankreich zu exportierenden Ware — abhängig machen, oder wenn die Einfuhr gemäß dem Arrêté vom 9. April 1940 (J. O. S. 2629) von der Vorlage eines »certificat d'origine« — das heißt einer Bestätigung über den nichtfeindlichen Ursprung der Ware — abhängig gemacht wird.

¹⁾ Vgl. hierzu noch das Décret relatif à la souscription d'un acquit-à-caution pour les marchandises à bord de navires visités dans les eaux françaises vom 20. September 1939 (J. O. S. 11666).

Der Gegenstand des Verbots der Beziehungen zum Feind.

Sieht man von der eben erörterten Erweiterung des Begriffs »commerce avec l'ennemi« auf die Beteiligung an solchen Geschäften mit Nicht-Feinden, welche Gegenstände feindlichen Ursprungs oder feindlicher Bestimmung betreffen, ab, so erstreckt sich der Kreis der verbotenen Handlungen grundsätzlich auf alle Beziehungen (tout rapport, direct ou par personne interposée) von Franzosen mit feindlichen Personen, soweit nicht ausdrückliche Ausnahmen vorgesehen sind: Art. 1 der 2. Ausführungsverordnung von 1. September 1939. Schon während des Weltkrieges hatte die Rechtsprechung dem damals vom Gesetzgeber verwendeten Ausdruck »commerce« nicht die inhaltlich engere Bedeutung »Handel« beigelegt ¹⁾, sondern »son sens ancien et le plus large« und hatte darunter jeden Verkehr mit feindlichen Personen verstanden, wobei allerdings schon damals gewisse Ausnahmen von dem Verbot zugelassen werden. In erster Linie erfaßt das Verbot jeden privaten Geschäftsverkehr mit feindlichen Personen, und zwar nicht nur die Anbahnung neuer Beziehungen ²⁾, sondern auch die Abwicklung bestehender Verträge und sonstige Einwirkungen auf diese. Neben einigen Einschränkungen des örtlichen Geltungsbereichs dieses Handelsverbots im engeren Sinne in Art. 15, Ziff. 4—6 der 2. Ausführungsverordnung ³⁾ sieht diese nur die folgenden allgemeinen Ausnahmen von dem Handelsverbot vor:

»Les actes nécessaires à la conservation et à la perception des fruits des biens, droits et intérêts en territoire métropolitain ou colonial de l'ennemi et appartenant à des ressortissants français si ceux-ci les ont déclarés dans les conditions qui seront déterminées par décret« (Art. 15 Ziff. 7),

und

»La perception des sommes échues en paiement d'opérations effectuées avant l'ouverture des hostilités.« (Art. 15 Ziff. 9).

Hiervon abgesehen, sind auch solche Handlungen, bei denen der französische Teil nur eine Leistung eines Feindes entgegennimmt, ohne seinerseits eine solche zu erbringen, verboten. Unzulässig sind im Prinzip auch Schritte eines Franzosen gegen eine feindliche Person, um eine geschuldete Leistung beizutreiben, doch läßt bereits Art. 15 Ziff. 7 als Ausnahme zu:

¹⁾ So jedoch Art. 8 der 2. Ausführungsverordnung, oben S. 460.

²⁾ Der Abschluß von Versicherungsverträgen mit einer Reihe deutscher und slowakischer Versicherungsgesellschaften wurde nochmals ausdrücklich, und zwar auf Grund von Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Februar 1917 betr. die Überwachung von Rückversicherungsabschlüssen in Frankreich, durch Arrêté vom 4. September 1939 (J. O. S. 11119) verboten.

³⁾ Hierüber vgl. unten S. 467.

»... les actes nécessaires pour permettre aux ressortissants français et aux ressortissants neutres et alliés se trouvant sur le territoire métropolitain ou colonial de la France de faire valoir leurs droits devant les tribunaux siégeant sur le territoire métropolitain ou colonial de l'ennemi.«

Eine Ergänzung zu Art. 15 Ziff. 7 bringt Art. 1 des Arrêté vom 9. Oktober 1939 (J. O. S. 12330), welches den Franzosen ermöglicht

»à remplir en territoire ennemi ou occupé par l'ennemi, soit directement, soit par mandataire, toutes formalités, et à exécuter toutes obligations nécessaires à la conservation ou à l'obtention de droits de propriété industrielle.«

Auf Grund des Art. 16 der 2. Ausführungsverordnung hat ein Arrêté vom 8. Dezember 1939 (J. O. S. 14043) auch Klagen von Franzosen gegen feindliche Personen vor neutralen und alliierten Gerichten zugelassen:

»Les ressortissants français et les ressortissants neutres et alliés se trouvant sur le territoire métropolitain ou colonial de la France sont autorisés à faire valoir leurs droits en justice contre des personnes physiques ou morales ennemies ou réputées ennemies, devant les tribunaux siégeant en pays neutres ou alliés, et à effectuer les actes nécessaires à l'exercice de ces droits.«

Klagen von Franzosen gegen Feinde vor französischen Gerichten sind jedenfalls dann zulässig, wenn die betreffenden Feinde ihrerseits auf Grund gewährter Gegenseitigkeit vor den französischen Gerichten auftreten können (darüber vgl. unten); man wird aber entsprechend der — allerdings nicht einheitlichen — Praxis des Weltkrieges¹⁾ annehmen können, daß grundsätzlich Franzosen in Frankreich feindliche Personen unbeschränkt verklagen können.

Außer Handelsgeschäften mit dem Feinde erfaßt das Verbot der Beziehungen zum Feind jeden persönlichen Verkehr von Franzosen mit feindlichen Personen, insbesondere auch den Schriftwechsel; das Verbot hat also wohl insoweit einen ähnlichen Inhalt wie das deutsche Verbot des »Umgangs« von Deutschen mit Kriegsgefangenen²⁾. Die Erstreckung des französischen Verbots auf rein persönliche Beziehungen ergibt sich deutlich aus den Ausnahmebestimmungen des Artikels 15, Ziffer 1—3 der 2. Ausführungsverordnung; danach sind nämlich ausnahmsweise nicht verboten:

1° La correspondance des prisonniers de guerre de toute nationalité ni les envois de colis adressés à ces prisonniers ou expédiés par eux;

2° Les correspondances prévues pour le temps de guerre par des conventions internationales en vigueur;

3° La correspondance familiale.«

¹⁾ Vgl. Audinet, Rev. Gén. de Droit Int. Publ. 27 (1920) 321 f.

²⁾ Vgl. VO vom 11. Mai 1940, RGBl. I, 769.

Durch das Verbot des persönlichen Verkehrs dürfte auch eine Eheschließung oder Adoption zwischen Franzosen und Feinden unzulässig geworden sein, ebenso wie eine Beteiligung von Franzosen an Vereinigungen irgendwelcher Art, wenn dabei ein Verkehr mit feindlichen Ausländern die Folge ist ¹⁾.

Das Verbot der Beziehungen zum Feind erfaßt sodann auch die Beziehungen der französischen Behörden zu feindlichen Personen und die Beziehungen von Franzosen zu feindlichen Behörden. Auch ohne eine ausdrückliche Bestimmung sind indessen zweifellos z. B. Polizeibehörden in der Ausübung ihrer Aufgaben gegenüber »Feinden« nicht gehindert, ebenso wie die mit der Internierung von Feinden betrauten Organe keiner ausdrücklichen Befreiung von dem Verbot der Beziehungen zum Feinde bedürfen. Praktisch bedeutsam ist in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, ob feindliche Personen vor den französischen Gerichten klagen können, d. h. ob die französischen Gerichte verpflichtet sind, auf eine solche Klage einzugehen; diese im Weltkrieg ²⁾ von der Judikatur nicht immer gleichmäßig beantwortete Frage ist diesmal in Art. 15 Ziff. 8 der 2. Ausführungsverordnung ausdrücklich geregelt worden: Klagen von feindlichen Personen vor französischen Gerichten sind nach Maßgabe der gewährten Gegenseitigkeit durch den Feindstaat zulässig, desgleichen Handlungen zur Erhaltung von gewerblichen Schutzrechten; nicht verboten sind nämlich:

»Sous condition de réciprocité les actes nécessaires à la conservation des droits de propriété industrielle et les actes nécessaires pour permettre aux ressortissants ennemis et aux personnes se trouvant en territoire métropolitain ou colonial d'un Etat ennemi de faire valoir leurs droits devant les tribunaux français sans préjudice de l'application des dispositions visant le traitement en France métropolitaine, en Algérie et dans les colonies françaises des biens, droits et intérêts desdits ressortissants et personnes.«

Unklar ist, ob das Erfordernis der Gegenseitigkeit nur bezüglich derjenigen »feindlichen« Personen gelten soll, welche die Staatsangehörigkeit eines Feindstaates besitzen oder auch bezüglich derjenigen »feindlichen« Individuen und Personenvereinigungen, welche die französische Staatsangehörigkeit oder die eines dritten Staates besitzen ³⁾. Eine offizielle französische Stellungnahme dazu, ob die Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Deutschland im gegenwärtigen Kriege gewährleistet ist, ist bisher nur bezüglich der Handlungen zum Schutze gewerblicher Rechte ergangen; Art. 2 des Arrêté vom 9. Oktober 1939 (J. O. S. 12 330) bestimmt:

¹⁾ Über die Beteiligung von Franzosen an den Arbeiten der Internationalen Handelskammer vgl. unten S. 465.

²⁾ Vgl. Audinet, a. a. O.

³⁾ Über die Feindeigenschaft solcher Personen vgl. unten S. 466.

»A titre de réciprocité, les personnes réputées ennemies aux termes de l'article 2 du décret du 1^{er} septembre 1939 sont autorisées à remplir en France, soit directement, soit par mandataire, toutes formalités, et à exécuter toutes obligations nécessaires à la conservation et à l'obtention de droits de propriété industrielle.«

Merkwürdig ist auch hier, daß nur allgemein von »ennemi« gesprochen wird und daß Deutschland als Feindstaat, der die Gegenseitigkeit gewährt, nicht ausdrücklich genannt ist. Insoweit Klagen und andere Rechtsschutzhandlungen von feindlichen Personen und gegen solche Personen im In- und Auslande zulässig sind, sind auch Beziehungen von französischen Anwälten zu feindlichen Ausländern und Beziehungen von Franzosen zu feindlichen Anwälten erlaubt. Inwieweit andere Behörden als die Gerichte, also z. B. Standesämter, durch das Verbot der Beziehungen zum Feind an der Erledigung ihrer normalen Aufgaben gegenüber feindlichen Personen gehindert sind, ist aus den verschiedenen Verordnungen nicht zu ersehen; praktisch dürften sicher gerade in diesem Zusammenhang noch weit mehr Ausnahmen von dem Verbot notwendig sein, als sie in Art. 15 der 2. Ausführungsverordnung bereits vorgesehen sind.

Weitere Ausnahmen als die generell in Art. 15 vorgesehenen können gemäß Art. 16 für eine Mehrzahl von Fällen oder im Einzelfalle durch Arrêté des Außenministers nach gutachtlicher Äußerung der »Commission des dérogations aux interdictions de rapports avec l'ennemi«¹⁾ zugelassen werden. Auf Grund des Art. 16 ist z. B. das bereits erwähnte Arrêté vom 8. Dezember 1939 ergangen, von dem man allerdings sagen kann, daß es eine Ergänzung des Art. 15 der 2. Ausführungsverordnung darstellt. Während dieses Arrêté im Journal Officiel veröffentlicht worden ist, werden die Befreiungen vom Verbot der Beziehungen zum Feind, soweit sie in Einzelfällen erteilt werden, nicht öffentlich bekanntgemacht; so z. B. die der Internationalen Handelskammer erteilte Erlaubnis des Verkehrs mit der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer (Anordnung des Außenministers vom 8. Dezember 1939²⁾). Die Begründung zur 2. Ausführungsverordnung erwähnt als einen besonders wichtigen Fall, bei welchem eine Ausnahme von dem Verbot gemacht werden soll, den, daß ein Franzose aus einem bereits abgeschlossenen Vertrage von dem feindlichen Vertragspartner im neutralen Ausland verklagt werden kann.

1) Eingerichtet durch Arrêté vom 12. September 1939, J. O. S. 11441.

2) Deutsche Übersetzung in Deutsches Handelsarchiv Jg. 1940, S. 299.

Der Kreis der vom Verbot der Beziehungen zum Feinde betroffenen Personen: »Franzosen« und »Feinde«.

Nach Art. 1 der 2. Ausführungsverordnung sind verboten die Beziehungen zwischen »Français et ennemis«. Diese Umschreibung des Kreises der betroffenen Personen erweist sich bei der Lektüre der späteren Artikel der Verordnung als weit komplizierter als es zunächst scheint. Als Franzosen gelten bzw. wie Franzosen behandelt werden die folgenden natürlichen Personen:

a) Tous ressortissants français en quelque lieu qu'ils se trouvent, à l'exception de ceux qui se trouvent sur le territoire métropolitain ou colonial de l'ennemi;

b) Tous étrangers se trouvant en France métropolitaine, en Algérie, ou dans les colonies françaises.« (Art. 2 Abs. 1 litt. a u. b).

Hier wird also — wenn man davon absieht, daß Franzosen im feindlichen Ausland als »Feinde« gelten — das Kriterium der inländischen Staatsangehörigkeit neben dem Kriterium des Aufenthalts im Inlande als maßgebend angesehen. Anders ist es bei der Bestimmung des Begriffs »Feind«. Als Feinde gelten

»Tous individus se trouvant en territoire métropolitain ou colonial de l'ennemi ou y ayant leur résidence habituelle« (Art. 2 Abs. 2 litt. a);

ferner

»Tous ressortissants ennemis internés en France métropolitaine, en Algérie, dans les colonies françaises ou dans un pays allié« (Art. 2 Abs. 2 litt. d).

Hier wird also das Kriterium des Aufenthalts im feindlichen Ausland neben dem Kriterium des Wohnsitzes im feindlichen Ausland verwendet, und das Kriterium der feindlichen Staatsangehörigkeit ist nur von Bedeutung für internierte feindliche Ausländer. Ein Redaktionsversehen ist es offenbar, wenn in Art. 2 Abs. 1 litt. b nicht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die in Frankreich internierten feindlichen Staatsangehörigen nicht gemäß Art. 2 Abs. 1 litt. b als »Franzosen« gelten, weil sie gemäß Art. 2 Abs. 2 litt. d »Feinde« sind. Die Folge der erwähnten verschiedenen Art der Abgrenzung der Personenkreise in Abs. 1 und Abs. 2 des Art. 2 der 2. Ausführungsverordnung ist die, daß ein französischer Staatsangehöriger mit einem im neutralen Ausland wohnenden deutschen Staatsangehörigen Geschäfte machen kann, nicht aber mit einem in Deutschland wohnhaften Franzosen oder Neutralen, selbst wenn der Betreffende sich im neutralen Auslande aufhält. Bezüglich der Handelsbeziehungen im engeren Sinne — nicht aber bezüglich sonstiger (persönlicher) Beziehungen zum Feind — beschränken Art. 15 Ziff. 4—6 der 2. Durchführungsverordnung den Kreis der von dem Verbot betroffenen Personen in einigen Punkten; zugelassen sind nämlich:

»4° Le commerce de détail local indispensable à la subsistance des ressortissants ennemis internés en France métropolitaine, en Algérie et dans les colonies françaises;

5° Les rapports des ressortissants français demeurés, lors de l'ouverture des hostilités, en pays ennemi, avec les personnes se trouvant dans le même pays, dans la mesure où ces rapports sont nécessaires à leur subsistance;

6° Les rapports des détaillants français établis en pays neutre avec la clientèle locale.»

U. E. versteht sich allerdings Art. 15 Ziff. 5 bereits von selbst auf Grund der Bestimmung des Art. 2; denn die im feindlichen Ausland verbliebenen französischen Staatsangehörigen gelten bereits gemäß Art. 2 Abs. 1 litt. a nicht als Franzosen im Sinne der 2. Ausführungsverordnung; sie dürfen also ohne weiteres zu »Feinden« Beziehungen unterhalten, so daß die ausdrückliche Erlaubnis solcher Beziehungen in Art. 15 Ziff. 5 als überflüssig erscheint.

Ähnlich wie der Kreis der von dem Verbot betroffenen natürlichen Personen wird auch der Kreis der von ihm betroffenen juristischen Personen nach verschiedenen Kriterien abgegrenzt, je nachdem, ob es sich um den Kreis der »Franzosen« oder der »Feinde« handelt. Als feindliche juristische Personen gelten:

»Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements déclarés ou non, qui ont leur siège en territoire ennemi ou qui ont été constitués conformément aux lois d'un Etat ennemi;

Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements, déclarés ou non, en quelque lieu qu'ils exercent leur activité, dépendant de quelque manière que ce soit d'une ou de plusieurs personnes physiques ou morales visées sous les lettres a) et b) ci-dessus.» (Art. 2 Abs. 2 litt. b u. c).

Hier wird also neben dem Kriterium des feindlichen Sitzes das Kriterium der Gründung gemäß dem Recht eines feindlichen Staates und das Kriterium der feindlichen Kontrolle als maßgebend angesehen. Als französische juristische Personen gelten alle Vereinigungen usw.

»ayant leur siège en France métropolitaine, en Algérie ou dans les colonies françaises et ne rentrant pas dans les prévisions de la lettre c) de l'alinéa suivant.» (Art. 2 Abs. 1 litt. c).

Hier ist also das Kriterium der Gründung nach französischem Recht überhaupt nicht verwendet, und das Kriterium der Kontrolle hat eine beschränktere Bedeutung als bei der Bestimmung des Begriffs »Feind«. Die Verwendung der Kontrolltheorie zur Bestimmung der Feindeigenschaft hat die vom französischen Standpunkt aus unerwünschte Folge gehabt, daß die in Frankreich befindlichen Filialen polnischer, tschechoslowakischer usw. Firmen als »feindlich« anzusehen waren. Ein Dekret vom 2. Mai 1940 (J. O. S. 3230) hat daher die Feindeigenschaft folgender Unternehmungen beseitigt:

»... Les associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements exerçant leur activité en France ou en pays allié et dépendant:

a) De ressortissants, polonais, tchécoslovaques ou danois, se trouvant en territoire ennemi ou occupé par l'ennemi, ou y ayant leur résidence habituelle, à la date du 1^{er} septembre 1939 en ce qui concerne les Polonais et les Tchécoslovaques, du 9 avril 1940, en ce qui concerne les Danois;

b) D'associations, sociétés ou autres établissements ayant leur siège en territoire polonais, tchécoslovaque ou danois occupé par l'ennemi, à condition que l'établissement situé en France ou en pays allié non occupé par l'ennemi soit considéré comme ne dépendant plus du siège social.«

Die mangelhafte Redaktion dieser Bestimmung (»ne sont pas considérés comme ennemis... les établissements... dépendant de... établissements ayant leur siège en territoire polonais... à condition que l'établissement soit considéré comme ne dépendant plus du siège social...«) mag bei der Anwendung zu Schwierigkeiten Anlaß geben können. Sondervorschriften sind geschaffen für die Zweigniederlassungen polnischer usw. Versicherungsgesellschaften; neue Versicherungsverträge dürfen sie nicht abschließen; die Verträge derjenigen Gesellschaften, die in Frankreich nicht über genügend Mittel verfügen, können vom Arbeitsminister aufgelöst werden; die Abwicklung der Verträge derjenigen Gesellschaften, die über genügend Mittel in Frankreich verfügen, ist zulässig, doch ist beiden Parteien ein außerordentliches gesetzliches Kündigungsrecht eingeräumt (Art. 2 a. a. O.).

Insoweit die Feindeigenschaft nicht von der Staatsangehörigkeit in einem Feindstaat, sondern von einer Beziehung zum Staatsgebiet dieses Staates abhängt, gelten als feindliches Gebiet nicht nur das Mutterland und die Kolonien des Feindstaates, sondern auch die von ihm besetzten Gebiete, diese selbst dann, wenn es sich um französisches Staatsgebiet handeln sollte (Art. 4 der 2. Ausführungsverordnung); allerdings sind gerade zu diesem Punkt Durchführungsbestimmungen vorgesehen¹⁾.

Als »Feinde« gelten schließlich nicht nur diejenigen natürlichen und juristischen Personen, Geschäftsfilialen usw., welche unter Art. 2 Abs. 2 der 2. Ausführungsverordnung fallen, sondern auch die in der vom Außenministerium herausgegebenen »liste officielle des ennemis« angeführten Personen und Firmen²⁾. Diese schwarze Liste umfaßt vor allem Firmen im neutralen Ausland, die allerdings wohl vielfach ohnehin schon gemäß Art. 2 Abs. 2 litt. c) als vom Feinde kontrollierte Firmen

¹⁾ Diese lagen bei der Abfassung des Aufsatzes noch nicht vor.

²⁾ Vgl. J. O. 1939, S. 11603, 11619, 12034, 12583, 12690, 12861, 13464, 13720, 13876, 13971, 14062, 14112; J. O. 1940, S. 75, 76, 246, 468, 897, 1082, 1238, 1393, 1549, 1759, 2168, 2899.

Feindeigenschaft besitzen. Eine besondere Kommission aus Vertretern verschiedener Ministerien äußert sich gutachtlich über die Eintragungen in die Liste¹⁾ (Arrêté vom 4. September 1939, J. O. S. 11 182).

Bezüglich des räumlichen Geltungsbereichs des Verbotes ist bestimmt, daß es ohne weiteres für das französische Mutterland, für Alger und die Kolonien im engeren Sinne gilt (Art. 17 der 2. Ausführungsverordnung). Ferner gilt es gemäß dem Dekret vom 18. September 1939 (J. O. S. 11694) für die dem Kolonialministerium unterstehenden Mandats- und Protektoratsgebiete. Es gilt also nicht für Marokko, Tunis und die A-Mandate der Levante, die dem Außenministerium unterstehen; in allen diesen Gebieten sind besondere Vorschriften über den Verkehr mit dem Feind erlassen worden. Die Geltungsbereiche dieser verschiedenen Vorschriften Frankreichs, Marokkos usw. sind im einzelnen nicht genauer voneinander abgegrenzt, so daß sich hier möglicherweise Überschneidungen ergeben.

Rechtsfolgen des Verbotes der Beziehungen zum Feind und seiner Übertretung.

Als Strafe gegen die Verletzung des Verbotes der Beziehungen zum Feind ist bereits in der Ermächtigungsverordnung vom 1. September 1939 vorgesehen Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe von 1000—10000 Fr. Beide Strafen können bei Rückfall in doppelter Höhe verhängt werden. Möglicherweise greift auch die Strafdrohung des Art. 79 Abs. 5 des Code pénal in Verbindung mit Art. 83 u. 86 (in der Fassung der Verordnung vom 29. Juli 1939) ein. Daneben sieht Art. 6 der 2. Ausführungsverordnung vor:

»Les produits naturels ou fabriqués, les espèces, valeurs et titres de créance ayant fait l'objet d'une opération interdite en vertu de l'article 1^{er} sont passibles de confiscation.«

Neben diesen Strafen sieht der Art. 5 der 2. Ausführungsverordnung als zivilrechtliche Folge des Verstoßes gegen das Verbot der Beziehung zum Feind die Nichtigkeit der nach Eröffnung der Feindseligkeiten unter Verletzung des Verbots abgeschlossenen Verträge vor. Diejenigen Verträge, die vorher abgeschlossen wurden, bleiben gültig, doch werden ihre Rechtswirkungen während der Dauer der Feindseligkeiten insoweit suspendiert, als die Vertragserfüllung einen Verstoß gegen das Verbot der Beziehungen mit dem Feind darstellen würde. Das heißt also vor allem, daß die Verpflichtung zur Erbringung fälliger Leistungen aus einem Verträge oder einem anderen Rechtstitel ruht, so daß auch die Rechtsfolgen des Verzuges nicht eintreten. Bezüglich der Geldschulden

¹⁾ Neben dieser »liste officielle des ennemis« besteht noch, wie aus dem Arrêté vom 4. September 1939 hervorgeht, eine »liste noire confidentielle« und eine »liste blanche«.

trifft Art. 5 Abs. 2 der 2. Ausführungsverordnung eine Sonderregelung: Hinterlegt der französische Schuldner das fällige Kapital nicht innerhalb von 3 Monaten nach Fälligkeit bei der Caisse des dépôts et consignations, so schuldet er von da ab Zinsen in der vertraglich vorgesehenen Höhe, evtl. in der Höhe des gesetzlichen Zinsfußes; selbstverständlich darf er trotz dieser weiterlaufenden Zinsverpflichtung diese dem feindlichen Gläubiger nicht auszahlen. Eine solche Zinsschuld entsteht jedoch bloß bezüglich der Hauptsumme einer Geldforderung; nicht aber bezüglich periodischer Leistungen, wie Dividenden, Zinsen usw., auch wenn der französische Schuldner mit solchen von ihm nicht ausgezahlten Geldsummen weiterarbeitet.

Die Suspendierung der Rechtsfolgen von Privatverträgen¹⁾ wirkt an sich auch gegenüber einem Sequester, wenn ein solcher für das Vermögen eines Feindes bestellt worden ist (vgl. unten S. 471 ff). Der Sequester hat jedoch nach Art. 8 Abs. 5 der 1. Ausführungsverordnung vom 1. September 1933 zur Aufgabe »le recouvrement de l'actif et le paiement du passif« des ihm anvertrauten Vermögens; der Präsident des Zivilgerichts kann daher auch auf Antrag »autoriser l'exécution au profit de l'administrateur séquestre ou contre lui, d'un contrat valablement passé antérieurement à l'ouverture des hostilités« (Art. 5 Abs. 3 der 2. Ausführungsverordnung).

Abweichende Vorschriften von diesen allgemeinen Regeln sind für Schulden aus Warenlieferungen getroffen worden, die früher auf dem von den Verrechnungsabkommen vorgesehenen Wege bezahlt wurden. Schulden für Warenlieferungen deutscher Herkunft sind gemäß einem Arrêté vom 4. September 1939 (J. O. S. 11118) auch ohne Sequestrierung der Forderung des deutschen Gläubigers bei Fälligkeit durch den französischen Schuldner an das »Office de compensation près la chambre de commerce de Paris« zu zahlen; dasselbe galt für Warenlieferungen tschechoslowakischer Herkunft nach einem Arrêté vom gleichen Tage (J. O. S. 11405) und Warenlieferungen polnischer Herkunft nach einem Arrêté vom 12. Oktober 1939 (J. O. S. 12288). Durch die später²⁾ noch zu erwähnenden Verordnungen vom 25. April 1940 ist angeordnet worden, daß Schulden aus Lieferungen für Waren »originaires ou en provenance du territoire polonais (bzw. tchécoslovaque) occupé par l'ennemi« bei Fälligkeit an das Office de compensation zu zahlen sind, welches kraft Gesetzes zum Sequester bestellt ist. Eine entsprechende Regelung ist für die Schulden aus Einfuhren aus den besetzten dänischen Gebieten getroffen worden.

¹⁾ Diese Suspendierung ist offensichtlich nicht auf solche Verträge beschränkt, bei denen das französische Recht Schuldstatut ist, sondern gilt für alle Verträge, an denen ein dem Verbot der Beziehungen zum Feind unterworfenen »Franzose« beteiligt ist.

²⁾ Vgl. unten S. 478 f.

Besondere Rechtsfolgen sind auch für Rückversicherungsverträge vorgesehen worden. Laufende Verträge mit solchen Versicherungsgesellschaften, die in einer auf Grund des Artikels 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Februar 1917 aufgestellten Liste aufgeführt sind, können nämlich, wenn es sich um Verträge handelt, deren Rechtswirkungen infolge des Verbotes der Beziehungen zum Feind suspendiert sind, gemäß einem Dekret vom 2. März 1940 (J. O. S. 1700), durch den Arbeitsminister aufgelöst werden¹⁾.

Die Sequestrierung des feindlichen Vermögens.

Die Sequestrierung des feindlichen Vermögens in Frankreich ist nach französischer Auffassung eine notwendige Folge des Verbots der Beziehungen zum Feind. Die Begründung zur 1. Ausführungsverordnung vom 1. September 1939 führt aus:

»Cette interdiction a pour conséquence l'incapacité des ennemis, en ce qui concerne l'administration, *a fortiori* la disposition de leurs biens, droits et intérêts situés en France ou dans les colonies françaises. Les patrimoines se trouvent ainsi à l'état d'abandon et le séquestre est le moyen de remédier à cette situation.«

Während nun im Weltkrieg die Initiative zur amtlichen Verwaltung von den Gerichten ausging, welche nach den Grundsätzen des Zivilrechts tätig wurden, bis später der Gesetzgeber mit besonderen Maßnahmen eingriff, hat die 1. Ausführungsverordnung vom 1. September 1939 diesmal von vornherein eine besondere gesetzliche Regelung treffen wollen, eine Regelung, die inhaltlich allerdings dem im Weltkriege gehandhabten Verfahren entsprechen soll.

Die Leitprinzipien dieser Regelung werden in der Begründung zur 1. Ausführungsverordnung wiederholt umschrieben. Die Sequestrierung des feindlichen Vermögens habe schon während des Weltkrieges das Ziel gehabt, »de sauvegarder à la fois les droits des ennemis propriétaires, les droits des tiers et l'ordre public«. Der »caractère conservatoire« der Maßnahmen wird nicht nur in der Begründung, sondern auch im Text der Verordnung deutlich herausgestellt: »La mission du séquestre est conservatoire« (Art. 8 Abs. 3 Satz 1 der 1. Ausführungsverordnung). Daß die Sequestrierung keine völkerrechtswidrige Enteignung des feindlichen Privateigentums zum Ziel habe, betont ausdrücklich die Verordnung vom 1. Oktober 1939 (J. O. S. 11895) über die Deklaration der Güter, Rechte und Interessen der Franzosen im feindlichen Ausland in der Präambel:

»Soucieux de respecter la propriété privée, ne prenant d'ailleurs de mesures à l'égard des biens ennemis que dans l'intérêt des proprié-

¹⁾ Vgl. hierzu auch Arrêté vom 15. April 1940 (J. O. S. 2862).

taires, des tiers et de l'ordre public, le Gouvernement de la République compte bien que les Etats ennemis ne porteront pas atteinte aux droits de ses ressortissants».

Soweit es sich um Güter von Angehörigen nichtfeindlicher Staaten mit Wohnsitz in dem vom Feind besetzten Gebiet handelt, haben allerdings nach der Begründung zu der Ermächtigungsverordnung vom 24. April 1940 (J. O. S. 3094) die Sequestrierungsmaßnahmen einen anderen Sinn als die Wahrung der Interessen dieser vom Rechtsverkehr in Frankreich ausgeschlossenen Personen; hier wird nämlich als Zweck der Sequestrierung angegeben, die Regierung wolle verhindern, »que des avoirs se trouvant en France ou dans les possessions françaises puissent en fait passer sous le contrôle allemand«.

Das Verfahren und die Rechtsfolgen der Sequestrierung.

Der Sequestrierung geht zunächst die Anmeldung des feindlichen Vermögens in Frankreich voraus.

»Tous détenteurs à un titre quelconque, tous gérants, gardiens ou surveillants de biens mobiliers ou immobiliers appartenant directement, indirectement ou par personne interposée à tous ennemis, tous débiteurs de sommes, valeurs ou objets de toute nature envers lesdites personnes, pour quelque cause que ce soit, doivent en faire la déclaration détaillée, dans un délai de trente jours à compter de la publication du présent décret. Cette obligation incombe, dans les sociétés, à tous associés en nom, gérants, directeurs ou administrateurs.

Les actions, parts de fondateurs, obligations, titres ou intérêts, appartenant directement, indirectement ou par personne interposée à des ennemis, doivent être déclarés par les personnes désignées à l'alinéa 1^{er} du présent article.

L'obligation de la déclaration s'étend à tous intérêts d'ennemis dans des maisons de commerce, entreprises ou exploitations quelconques, ainsi qu'à toutes ententes ou conventions d'ordre économique entre des personnes physiques et morales françaises ou des personnes résidant en territoire français et des ennemis ou des personnes résidant en territoire ennemi.

Les biens échus pendant la guerre, en France ou dans les colonies françaises à des ennemis, sont également visés par le présent article et l'obligation de la déclaration s'étend à toute personne qui aurait connaissance de cette dévolution.» (Art. 1 Abs. 1, 3, 4 u. 5 der 1. Ausführungsverordnung).

Die Anmeldung des feindlichen Vermögens erfolgt bei den Behörden der Staatsanwaltschaft, wobei Form und Fristen der Deklaration eingehend geregelt sind.

Diese Anmeldungen bilden den Ausgangspunkt für das eigentliche Verfahren der Sequestrierung, die auf Antrag der Staatsanwaltschaft,

das heißt also letzten Endes auf Weisung des Justizministers¹⁾, vom örtlichen zuständigen Zivilgericht erster Instanz verfügt wird (Art. 5 der 1. Ausführungsverordnung). Die Beschlüsse werden in abgekürzter Form im Journal Officiel²⁾ veröffentlicht. Obwohl es sich aus dem Wortlaut des Gesetzes nicht ergibt (... la mise sous séquestre ... est ordonnée sur réquisition du ministère public...), ist die Sequestrierung fakultativ und von Opportunitätserwägungen abhängig, was vielleicht mit dem in der Begründung zu den gesetzlichen Maßnahmen so stark betonten Ziel des Schutzes der Interessen der an der Verwaltung ihres Vermögens gehinderten feindlichen Privatpersonen nicht ganz in Einklang zu bringen ist; jedenfalls führt die Begründung zur 1. Ausführungsverordnung aus:

»Il convient de souligner que la mise sous séquestre, dépendant de réquisitions du parquet, est facultative, et que le parquet devra se tenir en contact avec le ministère des affaires étrangères pour apprécier, dans chaque cas, l'opportunité du séquestre de biens appartenant à des sociétés et autres établissements où des intérêts divers peuvent se trouver étroitement liés.

D'une manière générale d'ailleurs, une liaison intime devra être établie entre le parquet et les autres départements ministériels intéressés, notamment le ministère de l'économie nationale, afin que les mesures de séquestre ne puissent en aucun cas nuire à l'intérêt général du pays et qu'elles soient, au contraire, accompagnées, conformément à ce que prévoit l'article 8, du maintien en activité des entreprises séquestrées chaque fois que cet intérêt le justifiera.«

Handelt es sich um das Vermögen feindlicher Ausländer, die sich in Frankreich oder einem alliierten Lande aufhalten, ohne interniert zu sein, so hat sich die Sequestrierung auf alle Fälle auf diejenigen Vermögensteile zu beschränken, die nicht zum Lebensunterhalt dieser Personen und ihrer Angehörigen notwendig sind (Art. 13 der 1. Ausführungsverordnung). Ein Rundschreiben des Außenministers vom 23. September 1939 »recommande d'examiner avec bienveillance certains cas d'espèce, soit qu'il s'agisse des ressortissants ennemis réfugiés dont le loyalisme présente des garanties certaines, ou de ressortissants ennemis non internés, ou encore de Tchécoslovaques, soit enfin qu'il s'agisse d'entreprises fonctionnant en France dans lesquelles les intérêts ennemis ne sont que partiels«³⁾.

¹⁾ Zur Beratung des Justizministers in allen Fragen betreffend die Sequestrierung feindlichen Vermögens ist die durch Gesetz vom 7. 10. 1919 eingerichtete Commission consultative des séquestres de guerre beauftragt: Dekret vom 30. 11. 1939, J. O. S. 13575.

²⁾ Vgl. J. O. 1939, S. 12497, 12892, 13237, 13671, 14069; J. O. 1940, S. 567, 946, 1273, 1283, 1614, 2069, 2154, 2468, 2867.

³⁾ Angaben des Außenministers auf eine parlamentarische Anfrage: J. O., Débats Parl. Chambre 1940, S. 5 Nr. 10543.

Der vom Gericht bestellte Verwalter (*administrateur séquestre*) wird tätig »sous l'autorité« des Vorsitzenden des Zivilgerichts, das ihn ernannt hat, »sous la surveillance« der Staatsanwaltschaft und »sous le contrôle« der Verwaltung der staatlichen Domänen bzw. der kraft besonderer gesetzlicher Bestimmung zur Kontrolle und Überwachung von Unternehmungen eingerichteten Behörden (wie z. B. Versicherungsaufsicht). Alle Maßnahmen, die das Gericht trifft, sind dem Office des biens et intérêts privés, das beim Außenministerium eingerichtet ist, mitzuteilen; auch dieses Amt kann sich durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft von den Verwaltern alle gewünschten Auskünfte einholen (Arrêté vom 20. November 1939, J. O. S. 13300). Der Verwalter kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Gericht wieder abgesetzt werden. Er erhält für seine Mühewaltung einen festen Betrag, der mit Rücksicht auf den Umfang seiner Tätigkeit festgesetzt und in der Regel aus der verwalteten Aktivmasse entnommen, eventuell aus der Staatskasse vorgeschossen wird. Buchführung, Berichterstattung und Rechnungslegung durch den Verwalter sind sodann in der 1. Ausführungsverordnung des näheren geregelt.

Über die Tätigkeit des Verwalters ist bestimmt:

»La mission du séquestre est conservatoire. Elle comporte les mesures d'administration proprement dites et tout d'abord l'inventaire des biens placés sous séquestre¹⁾ . . .

Le séquestre doit prendre toutes mesures que comporte la sauvegarde du patrimoine séquestré.

Il assure la gestion des biens qui lui sont confiés. Il effectue notamment le recouvrement de l'actif et le paiement du passif correspondant. Il peut, en outre, après autorisation du président du tribunal civil qui a procédé à sa nomination, accomplir tous les actes dépassant des pouvoirs d'administration.

Le maintien en activité des entreprises séquestrées est autorisé par ordonnance du président du tribunal, sur réquisition du parquet, motivées soit par l'intérêt de la conservation du patrimoine séquestré et du maintien de sa valeur, soit en considération de l'intérêt général. L'ordonnance d'autorisation fixe les conditions de l'exploitation, qui peut comporter l'adjonction, à l'administrateur séquestre, d'un ou plusieurs collaborateurs techniques.« (Art. 8 Abs. 3, 4, 5, 6 der 1. Ausführungsverordnung).

Flüssige Mittel sind, abgesehen von einem Kassenbestand für laufende Ausgaben bei der Caisse des dépôts et consignations einzuzahlen. Ein Aufsichtsrecht des Vermögensinhabers besteht, wie der Außenminister auf eine parlamentarische Anfrage mitteilte²⁾, nicht. Die Sequestrierung

¹⁾ Über die Inventaraufnahme in einem Falle, wo der betreffende Betrieb bereits durch eine Militärbehörde requiriert ist, vgl. C. App. Douai 10. Januar 1940, Dall. hebdomadaire 1940, 94; Gaz. Pal. 1940, No. 122/123.

²⁾ J. O. Débats Parl. a. a. O.

und die Befugnisse des Verwalters erfassen selbstverständlich nur das der feindlichen Person gehörige Vermögen, nicht aber solche Gegenstände, die sich zwar im Besitz dieser feindlichen Person befanden, ihr jedoch nicht gehören; der Eigentümer hat aber in diesem Falle seine Rechte zu beweisen, bevor der Verwalter ermächtigt wird, ihm die Gegenstände auszuhändigen: Trib. Civ. Seine 28. November 1939, Braun c. Douspis, Gaz. Pal. 1939 No. 353. Die Folge der Sequestrierung ist, daß der Eigentümer die Verfügungsbefugnis über das Vermögen, vom Standpunkt der französischen Rechtsordnung aus gesehen, verliert:

»La mise sous séquestre entraîne dessaisissement de la personne dont les biens sont l'objet de l'ordonnance, ou de ses héritiers ou ayants droit.

Tout acte de disposition concernant lesdits biens est sans effet vis-à-vis de l'administrateur séquestre«. (Art. 5 Abs. 2 und 3 der 1. Ausführungsverordnung).

Örtlicher und persönlicher Geltungsbereich der Bestimmungen über die Sequestrierung des feindlichen Vermögens.

Bezüglich des örtlichen Geltungsbereichs der 1. Ausführungsverordnung ist in Art. 14 bestimmt, daß diese Verordnung auf das Mutterland und Algier anwendbar sein soll, während die Bedingungen ihrer Anwendung in den Kolonien durch Arrêté des Kolonialministers geregelt werden sollen. Die Verordnung vom 18. September 1939 (J. O. S. 11694) führt in der Begründung aus:

»Le décret-loi du 1^{er} septembre 1939 portant interdiction des rapports avec l'ennemi et les décrets qui ont été pris pour son exécution sont applicables de par leur propre texte à l'Algérie et aux colonies.«

Diese Verordnung dehnt sodann die Anwendung der 1. Ausführungsverordnung auf die dem Kolonialminister unterstehenden Mandate und Protektorate aus. Die 1. Ausführungsverordnung gilt also nicht in den dem Außenministerium unterstehenden Gebieten und Protektoraten, wo besondere Bestimmungen über die Behandlung feindlichen Vermögens erlassen worden sind. Die aus allgemein-völkerrechtlichen Grundsätzen sich ergebende Regel, daß derartige Maßnahmen wie die Sequestrierung feindlichen Vermögens sich auf das im Inland — das heißt den eben umschriebenen Geltungsbereich der 1. Ausführungsverordnung — »belegene« Vermögen beschränken, wird bestätigt durch die Regelung der örtlichen Zuständigkeit der zur Entgegennahme der Anmeldungen des feindlichen Vermögens zuständigen Stellen der Staatsanwaltschaft; die örtliche Zuständigkeit wird nämlich bestimmt:

»1^o Pour la déclaration des biens mobiliers et immobiliers, par la situation desdits biens;

2^o Pour les dettes, par le domicile ou la résidence du débiteur;

3^o Pour les actions, parts de fondateurs, obligations, titres ou intérêts, par le siège de la société ou de l'établissement intéressé;

4° Pour les ententes ou conventions d'ordre économique, par le domicile ou la résidence du contractant français ou résidant en France.» (Art. 2 der 1. Ausführungsverordnung).

Sieht man von den internationalen Kartellen usw. ab, welche nur angemeldet werden, bei denen aber eine Sequestrierung der feindlichen Interessen nicht möglich oder jedenfalls nach der Begründung zur 1. Ausführungsverordnung nicht beabsichtigt ist, so werden also körperliche Sachen nur dann deklariert bzw. sequestriert, wenn sie auf französischem Staatsgebiet belegen sind, Forderungen, wenn der Schuldner in Frankreich Wohnsitz oder Aufenthalt hat, Aktien und andere Anteile an Unternehmungen, wenn deren Sitz sich in Frankreich befindet.

Sequestriert wird das Vermögen von »Feinden«. Als »Feinde« gelten nach Art. 1 Abs. 2 der 1. Ausführungsverordnung:

a) Tous ressortissants ennemis se trouvant en territoire métropolitain ou colonial de l'ennemi, ou en territoire occupé par l'ennemi, ou ayant leur résidence habituelle dans un de ces territoires;

b) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements, déclarés ou non, qui ont leur siège en territoire ennemi, ou qui ont été constituées conformément aux lois d'un Etat ennemi;

c) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements, déclarés ou non, en quelque lieu qu'ils exercent leur activité, dépendant de quelque manière que ce soit d'une ou de plusieurs personnes physiques ou morales visées sous les lettres a) et b) ci-dessus¹⁾;

d) Les ressortissants ennemis internés en France métropolitaine, en Algérie, dans les colonies françaises ou dans un pays allié;

e) Les ennemis figurant sur la «liste officielle» visée à l'alinéa 3 du décret du 1^{er} septembre 1939 pour l'application du décret-loi du 1^{er} septembre 1939 relatif aux interdictions de rapports avec l'ennemi.»

Die Umschreibung des Kreises der von der Sequestrierung betroffenen Personen weicht von der Umschreibung des Kreises der »Feinde«

¹⁾ Aus der Judikatur vgl. Trib. Civ. Seine 22. November 1939, Soc. Somatex Gaz. Pal. 1939 Nr. 346, Dall. hebd. 1940, 22: Eine französische Gesellschaft, deren Vorstand stets aus zwei Deutschen und einem Franzosen bestand, deren Aufgabe es war, von deutschen Werken hergestellte Waren in Frankreich zu vertreiben, wofür sie 25 % Provision erhielt, und die bei einem Kapital von 50000 Franken Schulden von über 1 Million gegenüber den deutschen Firmen hatte, ohne daß diese irgend welche Maßnahmen gegen die Schuldnerfirma einleiteten, gilt als unter deutscher Kontrolle stehend und wird unter Sequester gestellt. — Sind in einer Gesellschaft sowohl Deutsche als auch Franzosen beteiligt, gilt sie aber wegen der überwiegenden Interessen der Deutschen als feindliche Gesellschaft, so wird das gesamte Vermögen der Gesellschaft unter Sequester gestellt, eine nur teilweise Zwangsverwaltung ist nicht möglich; die Interessen der französischen Beteiligten werden in einem solchen Falle dadurch gewahrt, daß man dem Sequester die Fortführung des Betriebes gestattet: Trib. Civ. Seine 22. November 1939, a. a. O. In einem anderem Falle (Trib. Civ. Seine 3. Januar 1940, Dall. hebd. 1940, 36), wo 20 von 150 G. m. b. H.-Anteilen sich in feindlicher Hand befanden, hält das Gericht die Sequestrierung dieser 20 Anteile aufrecht, »l'administrateur séquestre conservant de ce chef un droit de surveillance et de contrôle sur les opérations de la société«.

im Sinne der 2. Ausführungsverordnung in einem wichtigen Punkte ab: Während das Verbot der Beziehungen zum Feind sich auf alle Personen irgendwelcher Staatsangehörigkeit, die sich auf feindlichem Gebiet befinden, erstreckt, erfaßt die 1. Ausführungsverordnung nur feindliche Staatsangehörige, die sich auf feindlichem Gebiet aufhalten. Das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, die im neutralen Ausland wohnen, und das Vermögen der von ihnen abhängigen Gesellschaften usw. kann erst dann sequestriert werden, wenn die betreffenden Personen auf der schwarzen Liste stehen: Trib. Civ. Seine 16. November 1939, Parfums Tosca c. Peschaud, Gaz. Pal. 1939 No. 328; Dall. hebd. 1940, II. Der Ausdruck »territoire ennemi« in Art. 1 Abs. 2 litt. b der 1. Ausführungsverordnung umfaßt sodann offenbar nur das feindliche Staatsgebiet im engeren Sinne (im Gegensatz zu Art. 1 Abs. 2 litt. a), so daß juristische Personen, die ihren Sitz in dem vom Feind besetzten Gebiet haben, von der Sequestrierung nach der 1. Ausführungsverordnung vom 1. September 1939 jedenfalls nicht erfaßt werden.

Diese »Lücken« der 1. Ausführungsverordnung sind durch spätere Verordnungen zu einem Teil ausgefüllt worden. Die Verordnung vom 24. April 1940 (J. O. S. 3094) erweitert zunächst die Ermächtigung der Regierung, Anmeldung und Sequestrierung von feindlichem Vermögen anzuordnen, in räumlicher Hinsicht; während die Verordnung vom 1. September 1939 Anmeldung und Sequestrierung nur ins Auge faßte bezüglich »des ennemis et des personnes se trouvant sur un territoire ennemi ou occupé par l'ennemi«, ermöglicht die Verordnung vom 24. April 1940 die Anordnung der Anmeldung und Sequestrierung des Vermögens, welches den folgenden Personengruppen gehört:

a) Tous ressortissants d'un Etat occupé ou envahi par l'ennemi et se trouvant sur le territoire de cet Etat ou sur le territoire ennemi, ou ayant eu leur résidence habituelle dans un de ces territoires à l'époque soit de l'ouverture des hostilités, soit de l'occupation ou de l'invasion dudit territoire;

b) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements déclarés ou non, qui ont été constitués conformément aux lois d'un Etat occupé ou envahi par l'ennemi, ou avaient leur siège sur le territoire de cet Etat, ou en territoire ennemi;

c) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements déclarés ou non, en quelque lieu qu'ils exercent leur activité, dépendant de quelque manière que ce soit d'une ou plusieurs personnes physiques ou morales visées sous les lettres a et b ci-dessus. (Art. 1).

Eine Ausnahme gilt, falls:

»1° S'il s'agit de personnes physiques, elles ont quitté le territoire ennemi ou le territoire d'un Etat occupé ou envahi par l'ennemi, à la suite de cette occupation, et ont établi leur résidence en territoire français, allié ou neutre;

2° S'il s'agit de personnes morales, leurs représentants dûment qualifiés sont établis en territoire français, allié ou neutre et ont rompu toutes relations avec les territoires ennemis et le territoire d'un Etat occupé ou envahi par l'ennemi, ou bien ont quitté ces territoires à la suite de l'occupation, et ont fondé un établissement en territoire français, allié ou neutre.»

Auf Grund dieser Ermächtigung durch die Verordnung von 24. April 1940 ist durch eine erste Ausführungsverordnung vom 25. April 1940 (J. O. S. 3097) die Anmeldung des Vermögens der folgenden Personen vorgeschrieben worden:

a) Tous ressortissants polonais se trouvant en territoire ennemi ou en territoire occupé par l'ennemi ou ayant eu leur résidence habituelle dans un de ces territoires à la date du 1^{er} septembre 1939;

b) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements déclarés ou non, qui ont été constitués conformément aux lois de l'Etat polonais ou avaient leur siège en territoire ennemi ou occupé par l'ennemi à la date du 1^{er} septembre 1939;

c) Toutes associations, sociétés, agences, succursales ou autres établissements déclarés ou non, en quelque lieu qu'ils exercent leur activité, dépendant de quelque manière que ce soit d'une ou de plusieurs personnes physiques ou morales visées sous les lettres a et b ci-dessus. (Art. 1).

Eine Ausnahme ist gemacht für die polnischen Flüchtlinge usw., welche wörtlich den eben erwähnten Ausnahmen des Art. 2 der Ermächtigungsverordnung vom 24. April 1940 entspricht; bemerkenswert ist jedoch der Zusatz:

»Les Polonais qui établissent leur résidence en pays neutre ne pourront toutefois bénéficier des dispositions qui précèdent que si leur Gouvernement y donne son accord.«

Damit soll offenbar die Abwanderung wehrpflichtiger Polen in das neutrale Ausland gehemmt werden.

Eine weitere Ausführungsverordnung vom 25. April 1940 trifft entsprechende Anordnungen für das Vermögen dänischer Staatsangehöriger. Als Stichtag gilt hier jedoch an Stelle des 1. September 1939, wie er für die Polen maßgebend ist, der 9. April 1940, und die Ausnahmen von der Deklaration sind offenbar mit Rücksicht darauf, daß die Dänen nicht als Verbündete Frankreichs angesehen werden können, etwas andere als bei Polen:

»Les biens, droits et intérêts des associations, sociétés, agences, succursales et autres établissements visées au paragraphe c de l'article 1^{er} du présent décret, et qui ont leur siège en France ou dans un pays allié, sont exempts de l'application des dispositions dudit article, sauf avis contraire du ministre des affaires étrangères.

Il en est de même des biens des personnes physiques visées au paragraphe a qui justifieraient avoir quitté le territoire ennemi ou occupé par l'ennemi à la suite de cette occupation et avoir établi leur résidence en France ou dans un pays allié, ainsi que des biens des asso-

ciations, sociétés, agences, succursales et autres établissements visés au paragraphe *b* de l'article 1^{er} dont les représentants dûment qualifiés fonderaient un établissement en territoire français ou allié.

• Pourront être exemptés de l'application des dispositions de l'article précité, après avis conforme du ministre des affaires étrangères, les biens, droits et intérêts:

1^o Des personnes physiques, visées à l'article 1^{er} qui ont quitté le territoire ennemi ou occupé par l'ennemi, à la suite de cette occupation, et ont établi leur résidence en territoire neutre;

2^o Des personnes morales visées à l'article 1^{er} dont les représentants dûment qualifiés sont établis en territoire neutre et ont rompu toutes relations avec le territoire ennemi et le territoire d'un Etat occupé par l'ennemi, ou bien ont quitté ces territoires à la suite de l'occupation, et ont fondé un établissement en territoire neutre. (Art. 2).

Alle deklarationspflichtigen Vermögensstücke der genannten Personen können gemäß den Bestimmungen der 1. Ausführungsverordnung vom 1. September 1939 unter Sequester gestellt werden. Kraft Gesetzes ist die Sequestrierung bereits durchgeführt für Forderungen aus Lieferungen von Waren polnischen bzw. dänischen Ursprungs; diese Schulden sind von den französischen Schuldern zu begleichen an das Office de compensation, »désigné de plein droit comme administrateur séquestre« (Art. 3 Abs. 3 der beiden Verordnungen vom 25. April 1940).

Eine dritte Ausführungsverordnung vom 25. April 1940 betreffend das Vermögen tschechoslowakischer Staatsangehöriger schließlich ist im Prinzip ähnlich aufgebaut wie die Verordnungen betreffend das polnische und dänische Vermögen. Sie weicht jedoch von beiden eben erwähnten Verordnungen insofern ab, als sie im Gegensatz zu diesen keinen Stichtag angibt, an welchem eine nähere Beziehung zum tschechoslowakischen Staatsgebiet bestanden haben muß; vielmehr wird hier einfach bestimmt:

»Les dispositions du décret du 1^{er} septembre 1939 relatif à la déclaration et à la mise sous séquestre des biens appartenant à des ennemis, seront appliquées aux biens, droits et intérêts des ressortissants tchécoslovaques, des associations, sociétés, agences, succursales et autres établissements, déclarés ou non, qui ont leur siège en territoire tchécoslovaque occupé par l'ennemi, ou qui, en quelque lieu qu'ils se trouvent, dépendent de quelque manière que ce soit d'une ou plusieurs personnes physiques ou morales visées ci-dessus.« (Art. 1).

»Les biens, droits et intérêts des ressortissants tchécoslovaques établis en France, ou dans un pays allié ou neutre, pourront être exemptés de l'application des dispositions de l'article 1^{er}, après consultation de la légation de Tchécoslovaquie à Paris.« (Art. 2).

Die Verordnungen vom 24. bzw. 25. April 1940 sind ohne weiteres in Algier und den dem Kolonialminister unterstehenden Gebieten anwendbar. Ihre Ausdehnung auf Marokko, Tunis und die Levante-Mandate ist dem Außenminister überlassen.

Wengler.